



## Europa entwickeln

Eine Welt-Impulse für die Europawahl

## Impressum

---

**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V.  
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin, [www.agl-einewelt.de](http://www.agl-einewelt.de)

**Erscheinungsdatum:** März 2019

## Europa entwickeln: Eine Welt-Impulse zur Europawahl 2019

---

In der Eine Welt-Arbeit nehmen wir seit langem und weiter zunehmend die „Entwicklungsprobleme“ vor der eigenen Haustür in den Blick. Der beherrschende Gestus „des Nordens“ gegenüber dem „unterentwickelten Süden“ gehört immer mehr der Vergangenheit an, ebenso wie die vereinfachte Aufteilung der Welt in diese beiden Erdhälften. Weithin ist die Erkenntnis eingesickert, dass die Menschheitsgeschichte (und ebenso die guten wie schlechten Entwicklungsimpulse) global verflochten ist und nachhaltige Entwicklung nur interdependent und global gestaltet werden kann. An die Stelle von Belehrung tritt Dialog – der eigene Beitrag, im eigenen Land, rückt in den Fokus.

Daher hat die „entwicklungspolitische Bildung“ im Inland – so der Titel im Bundeshaushalt – in den letzten Jahren zu Recht eine immer größere Bedeutung erhalten, politisch sowie finanziell. Die Regierungskoalition hat dies erkannt und die stärkere Förderung dieses Bereichs sogar im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Dieses umfassende, interdependente und globale Verständnis gilt es stärker nach Europa zu tragen. Wir fordern von allen politischen Parteien die eindeutige Distanzierung von nationalchauvinistischen Positionen und die öffentliche Positionierung für Werte einer weltoffenen, toleranten, demokratischen und nachhaltigen Gesellschaft. Wenn wir die Welt im Sinne globaler Gerechtigkeit und der *Sustainable Development Goals* (SDGs) entwickeln möchten, sollten wir in Deutschland anfangen und in Europa weitermachen – damit es sich seiner globalen Verantwortung stellt. Dazu gibt es eine Reihe von Eine Welt-Themen, die wir stärken wollen und die im Folgenden dargestellt sind.

## Inhalt

Unsere Eine Welt-Impulse im Überblick (Kurzfassung)	5
1 Migration, Diaspora und Entwicklung	7
2 Konsum und Produktion	9
3 Globales Lernen	12
4 Regionale Strukturentwicklung	14
5 Internationale Partnerschaften	17
6 Klimaschutz und zukunftsfähige Entwicklung	19
Die 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland	22
Über die agl	23

## Unsere Eine Welt-Impulse im Überblick (Kurzfassung)

---

### Migration, Diaspora und Entwicklung

Europäische Migrationspolitik ist zu stark auf Migrationsabwehr und zu kurzfristig angelegt. Europa sollte sich an einem positiven und inklusiven Verständnis von Migration orientieren. Der Globale Migrationspakt (2018) und die Agenda 2030 (bes. SDG 10.7) sind Referenzrahmen, an denen sich Europa orientieren sollte. Viele Fluchtursachen sind Made in Europe: Ob durch ungerechte Handelsverträge in der Agrar- und Fischereipolitik, bei den CO<sub>2</sub>-Emmissionswerten oder bei militärischen Interventionen und Waffenexporten – Europa sollte seine Verantwortung wahrnehmen. Und: Das Problem heißt Rassismus und nicht Migration – das sollten Europapolitiker\*innen immer wieder deutlich machen. Wir brauchen ein solidarisches Europa und keine Festung. Geflüchtete sollten in Europa Schutz finden.

### Konsum & Produktion

Wir brauchen eine Kehrtwende zu demokratisch gestalteten und am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitiken, die sich an globaler Gerechtigkeit, Langfristigkeit und Partnerschaft orientieren. Handelsabkommen sollten gerecht gestaltet und Sonderklagerechte gestoppt werden. Die problematischen Europäischen Wirtschaftsabkommen (EPAs) sollten ausgesetzt und EU-AKP-Verträge entwicklungsfördernd gestaltet werden. Öffentliche Beschaffung sollte konsequent nach sozial-ökologischen Kriterien verbindlich ausgerichtet werden – europaweit. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen sollten verbindlich verankert und die EU-Agrarpolitik im Sinne der Agenda 2030 reformiert werden.

### Globales Lernen

Education for Sustainable Development (ESD), Global Citizenship Education (GCE) und Global Learning (GL) sollten als Bildung zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung in Europa fest verankert und finanziell deutlich stärker gefördert werden. Auf der Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte dabei ein wesentlicher Schwerpunkt liegen. Der bewährte „Whole Institution Approach“ für eine nachhaltige Organisationsentwicklung sollte bei Förderungen und Maßnahmen auf EU-Ebene verankert werden (nachhaltige Beschaffung, demokratische Entscheidungsstrukturen etc.).

### Regionale Strukturentwicklung

Wir brauchen eine stabile Förderung der Regionen Europas für deren nachhaltige Entwicklung. Dazu gehören die Förderung polyzentrischer Stadt- und Raumstrukturen unter nachhaltigen Gesichtspunkten (auch bei Abkommen mit Drittstaaten) sowie die Förderung der Zivilgesellschaft in strukturschwachen Regionen: Stadt und Land sollen als Einheit fungieren, Kreislaufwirtschaft sowie kleine, mittelständische und regionale Unternehmen gefördert und Kommunen nicht zu Privatisierungen gezwungen werden. Ökologische und nachhaltige Landwirtschaft sollte stärker unterstützt und die Richtlinien für die Landwirtschaft ökologischer gestaltet und kontrolliert werden.

### Internationale Partnerschaften

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich international engagieren, spielen bei der Lösung globaler Herausforderungen eine wichtige Rolle. Austausch- und Lernprozesse sollten deutlich stärker gefördert werden: Stärkere Förderung des internationalen Wissenstransfers, etwa internationale Reisekosten und Teilnahme an internationalen Foren und Konferenzen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie Verbesserung von Visa-Bedingungen für Austausch-, Lern-, Projekt- und Begegnungsreisen.

### Klimaschutz und zukunftsfähige Entwicklung

Europa hat eine wichtige Rolle für den globalen Klimaschutz sowie zur Anpassung an die globalen Folgen des Klimawandels. Im Fokus steht jetzt: 1) Es geht nicht nur um die wichtige Erneuerung der EU-Ziele für 2030 und 2050, sondern es braucht konkrete Maßnahmen zu ambitionierter Emissionsreduktion in allen Bereichen/Sektoren. 2) Die Transformation von Infrastruktur (Stromnetze, Verkehr, Gebäude, Ausstieg Verbrennungsmotor, Industrieumbau) braucht einen konkreten Plan sowie Leuchtturmprojekte. 3) Wichtig sind jetzt der Auf- und Ausbau von Allianzen der EU mit anderen Staaten für Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels (Resilienz) und für nachhaltige Entwicklung in der EU und in den Partnerregionen.

# 1 Migration, Diaspora und Entwicklung

---

*Auf dem Weg zu einer nachhaltigen und global gerechten Einen Welt kommt globaler Migration historisch und aktuell eine bedeutende Rolle zu. Die Herausforderungen in diesem Bereich treten täglich zutage – Politikvorschläge und gesellschaftliche Debatten in diesem Bereich stehen häufig im Zentrum und prägen unsere Vorstellungen von aktueller und zukünftiger Entwicklung. Die agl setzt sich für eine migrationsgerechte Entwicklung ein, die von den Menschenrechten, globaler Solidarität und europäischer Verantwortung geleitet ist.*

## # Für eine menschenwürdige Migrationspolitik

Bislang reagiert die europäische Politik auf die steigende Zahl von Menschen auf der Flucht und in der Migration mit kurzfristigen Maßnahmen. Europäische Staaten verstärken ihr entwicklungspolitisches Engagement in den Herkunftsgesellschaften, gehen gegen Schmugglernetzwerke vor und verlagern zusehends die EU-Grenzen vor die Tore Europas und geben damit ihre Verantwortung an Drittstaaten ab. Diese Situation ist unhaltbar – Europa darf das massenhafte Sterben und das Leid an seinen unmittelbaren Grenzen nicht länger zulassen. Der 2018 verabschiedete Globale Migrationspakt (Global Compact for Migration) und die Agenda 2030 (insbesondere SDG Punkt 10.7) sind der Referenzrahmen dafür, dass eine menschenrechtsorientierte und menschenwürdige gesamteuropäische Migrationspolitik ausgestaltet wird und Europa sollte sich daran orientieren.

## # Das Problem heißt Rassismus und nicht Migration

Das Problem heißt Rassismus und nicht Migration. Die Zuwanderung von Geflüchteten ist nicht die Ursache für die sog. „Flüchtlingskrise“ - sie macht nur besorgniserregende Trends in einigen europäischen Staaten sichtbar: Rassismus und Populismus. Autoritäre Staatshäupter und rechtspopulistische Politiker\*innen inszenieren sich als Verteidiger\*innen nationaler Interessen und Grenzschützer\*innen. Sie bedienen sich rassistischer und menschenverachtender Freund-Feind-Bilder und gefährden nicht nur den Zusammenhalt der EU, sondern sind ebenso dafür verantwortlich, dass Geflüchtete und Migrant\*innen unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert werden und offen rassistischen Angriffen und Übergriffen ausgeliefert sind.

## # Globale Fluchtursachen Made in Europe

Europa sollte sich seiner globalen Verantwortung stellen und verstehen, dass es Teil komplexer Zusammenhänge zwischen europäischer Politik, Migration und den Ursachen für globale Flucht ist.

Es sollte auch verstehen, dass viele der Probleme hausgemacht bzw. Made in Europe sind. In einer zunehmend globalisierten Welt trägt Europa Mitverantwortung bei der Ausgestaltung von Handelsverträgen für eine nachhaltige Agrar- und Fischereipolitik, bei der Einhaltung der Grenzen für CO<sub>2</sub>-Emmissionswerte, militärischer Interventionen oder Waffenexporten. Die EU befördert nämlich nach wie vor mit ihrer Politik jene Zustände, die Menschen in die Flucht treiben.

### # Solidarisches Europa statt „Festung Europa“

Die Mitgliedsstaaten sind über die Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten und Migrant\*innen zerstritten, Einigkeit herrscht nur bei der Abwehr und der Externalisierung der Verantwortung. Die EU versucht zunehmend, Geflüchtete und Migrant\*innen schon lange bevor sie die Grenzen der Union erreichen abzuwehren und kooperiert dafür mit Drittstaaten, deren Regierungen die Menschenrechte von Geflüchteten wie auch ihrer eigenen Staatsbürger\*innen missachten. Die EU sollte auf den Schutz der Menschenrechte, Solidarität und auf eine gemeinsame migrationsgerechte Entwicklung statt auf Abschottung setzen.

### # Das Engagement der Zivilgesellschaft stärken

Das breite zivilgesellschaftliche Engagement in Europa für die Seenotrettung, für das Recht auf Leben und für den uneingeschränkten Schutz von Geflüchteten ist eine wichtige schützenswerte Kraft und positives Zeichen einer migrationsgerechten demokratisch-nachhaltigen Entwicklung Europas. Immer mehr Helfer\*innen werden kriminalisiert und vor Gericht gestellt. Die Kriminalisierung dieses Engagements muss aufhören.



## 2 Konsum und Produktion

---

*Eine zukunftsfähige, ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung erfordert eine grundlegende Änderung unserer Wirtschaftsweise. Wir erleben wachsende soziale Ungerechtigkeiten und Klüften. Wirtschaftliche Teilhabe ist eine wesentliche Voraussetzung für politische Beteiligung. Wir brauchen eine Kehrtwende zu einer demokratisch gestalteten und am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik.*

*Wesentliche entwicklungspolitische Weichenstellungen werden in der EU-Handels- und Investitionspolitik vorgenommen. Anstatt die Globalisierung sozial gerecht zu gestalten, werden die Rechte von Unternehmen einseitig ausgeweitet. Wir fordern eine Handelspolitik, die sich an globaler Gerechtigkeit, Langfristigkeit und Partnerschaft orientiert.*

*Öffentliche Einrichtungen haben mit ihrem Einkaufsverhalten eine starke Marktmacht, die sie für die Durchsetzung und Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards nutzen können. Wir fordern, dass die Einhaltung elementarer Menschen- und Arbeitsrechte und die Zahlung existenzsichernder Löhne verbindliches Kriterium in der öffentlichen Beschaffung wird.*

*Das freiwillige Engagement von Unternehmen reicht nicht aus, um ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit wirksam durchzusetzen. Wir fordern verbindliche nationale wie internationale Regeln und einklagbare Rechte für die von Umweltschäden, Menschenrechtsverletzungen und unwürdigen Arbeitsbedingungen betroffenen Menschen.*

### **# Handelsabkommen gerecht gestalten – Sonderklagerechte stoppen**

Die Auswirkungen von Handelsabkommen auf Länder des Globalen Südens sollten grundsätzlich in jeder Verhandlungsphase einbezogen werden. Diese sollten standardmäßig einer menschenrechtlichen Folgenabschätzung unterzogen werden. Der Schutz von Märkten in Ländern des Globalen Südens sollte gewahrt bzw. ermöglicht werden. Vor Beginn von Verhandlungen sollten unabhängige Untersuchungen der entwicklungspolitischen Auswirkungen durchgeführt werden, deren Ergebnisse im Verhandlungsmandat verbindlich berücksichtigt werden.

In Handels- und Investitionsabkommen dürfen nicht länger Sonderklagerechte für Unternehmen

verankert werden, mit denen eine Paralleljustiz geschaffen wird und Interessen von Investoren durchgedrückt werden. Die Abgeordneten des EU-Parlaments sollten sich mit der breiten Kritik aus ganz Europa an diesem ungerechten System solidarisieren und Sonderklagerechte abschaffen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten sich aus bestehenden Handels- und Investitionsabkommen zurückziehen, die diese enthalten, und künftig keine solchen Abkommen mehr abschließen. Internationale Konzerne und Investoren brauchen kein Paralleljustizsystem, um ihre Rechte zu schützen.

### **# Europäische Wirtschaftsabkommen (EPAs) aussetzen und EU-AKP-Verträge entwicklungsfördernd gestalten**

Die Beziehungen zwischen der EU und den Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika sollten danach ausgerichtet und gestaltet sein, weltweite Armut zu reduzieren, nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen, globale Ungleichheit zu überwinden sowie die Menschenrechte durchzusetzen. Die bisher verabredeten Europäischen Wirtschaftsabkommen (EPAs) mit afrikanischen Ländern und Regionen entsprechen nicht diesem Ansatz und sind daher auszusetzen. Existierende Alternativen zu diesen entwicklungsschädlichen Freihandelsabkommen sollten genutzt werden, um diese auf eine neue Grundlage zu stellen.

Neue EU-AKP-Abkommen inklusive möglicher Regionalabkommen sollten transparent und partnerschaftlich erarbeitet werden und die Agenda 2030 als Kernelement beinhalten. Sie sollten entwicklungsfördernd gestaltet werden und zu einem langfristigen systemischen und strukturellen Wandel führen, der die Lebensperspektiven der Menschen in den AKP-Staaten verbessert. Zusagen für Entwicklungsmittel dürfen nicht an Programme zur Migrationskontrolle geknüpft werden.

### **# Öffentliche Beschaffung konsequent nach sozial-ökologischen Kriterien**

Grundlegende Sozialstandards, mindestens entsprechend der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), sollten bei allen öffentlichen Beschaffungen verbindlich berücksichtigt werden. Die Einhaltung sollte mittels vertrauenswürdiger Gütezeichen nachgewiesen werden. Behörden der Europäischen Union sollten hierbei mit Vorbildcharakter voranschreiten und Zielmarken zur Steigerung des Einkaufs von EU-Behörden nach Nachhaltigkeitskriterien eingeführt und überprüft werden.

### **# Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten verbindlich verankern**

Das EU-Parlament sollte sich dafür einsetzen, dass europaweit eine gesetzliche Grundlage für die Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen geschaffen wird. Hier sind

Erfahrungen einzelner europäischer Länder (bspw. Frankreich, Schweiz) zu nutzen und andere Mitgliedsstaaten zu ähnlichen eigenen Anstrengungen zu motivieren.

Bestehende Hürden im Rechtszugang sollten abgebaut und die Möglichkeit für Kollektivklagen eingeführt werden. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen brauchen Zugang zu Recht und die Möglichkeit, Entschädigungen einzufordern, insbesondere, wenn sie in ihren Ländern kein faires Verfahren in Anspruch nehmen können.

Die EU sollte sich international für verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen und den Zugang zu Recht der von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen einsetzen und sich konstruktiv an den Verhandlungen zu einem UN Binding Treaty für Wirtschaft und Menschenrechte beteiligen.

### **# Reform der EU-Agrarpolitik im Sinne der Agenda2030 gestalten**

Die anstehende Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP, 2020) sollte konsequent den globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Agenda2030/SDG) entsprechen. Dabei sind die Auswirkungen der Politikmaßnahmen auf Länder des Globalen Südens zu berücksichtigen. Die Reform sollte geeignete Instrumente schaffen, um Landwirtschaft und Ernährung auf regionale Kreisläufe und ökologisch verträgliche Methoden umzustellen. Aufgrund ihrer besonders starken Wirkungen auf Klimaschutz, Gewässer und Entwaldung durch importierte Futtermittel sollte insbesondere die Tierhaltung mit der Erzeugung von Fleisch und Milch grundlegend verändert und reduziert werden. Im Einklang damit sollte die derzeitige Fokussierung auf die Steigerung der Exportmengen gerade bei Fleisch und Milch überwunden werden, da diese Politik die Einkommen von Kleinbäuer\*innen in Ländern des Globalen Südens und die nachhaltige Entwicklung dieser Länder gefährdet sowie die ökologischen Probleme der Landwirtschaft in Europa verschärft. Sowohl auf den Inlandsmärkten als auch im Export sollte das Ziel die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel zu lohnenden Erzeugerpreisen sein, nicht die weitere Senkung von Preisen auf Kosten von Umwelt und ländlichen Einkommen.

Auf Ebene der Instrumente bedeutet dies, die pauschalen Flächenzahlungen, die vor allem Großbetrieben zu Gute kommen, abzubauen und durch gezielte Zahlungen für den Umbau der Landwirtschaft, insbesondere der Tierhaltung, zu ersetzen. Die dadurch entstehenden höheren Kosten sollten sich in fairen Preisen für landwirtschaftliche Güter widerspiegeln, auch wenn diese dadurch erhöht werden. Die Agrarpolitik kann dazu beitragen, indem sie wirksame Mechanismen schafft, um starke Preiseinbrüche zu vermeiden.

## 3 Globales Lernen

---

*Das Globale Lernen trägt dazu bei, die Zukunft friedlich und lebenswert für die eigene und für die nachfolgenden Generationen zu gestalten. Unterschiedliche internationale Bezugsrahmen stellen die Grundlage für Globales Lernen dar: Globales Lernen orientiert sich an (inter)nationalen Nachhaltigkeitskonzepten, ist über Ziel 4 in den SDGs und der Agenda 2030 festgeschrieben und ist verankert im UNESCO Global Action Programme on Education for Sustainable Development. Letzteres soll weltweit und damit auch in Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Agenda 2030 leisten und langfristig eine systemische Veränderung des Bildungssystems bewirken (z.B. BNE „vom Projekt in die Struktur“ bringen).*

### **# Verankerung von Education for Sustainable Development (ESD), Global Citizenship Education (GCE), Global Learning (GL) als Bildung zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung in Europa**

Education for Sustainable Development (ESD), Global Citizenship Education (GCE) und Global Learning (GL) sollten als leitende Bildungskonzepte der Europäischen Union verankert werden. Der bewährte „Whole Institution Approach“ (nachhaltige Beschaffung, demokratische Entscheidungsstrukturen etc.) für eine nachhaltige Organisationsentwicklung sollte als zentrales Instrument für eine nachhaltige Organisationsentwicklung auf EU-Ebene eingebettet und durchgesetzt werden und bei Förderungen und Maßnahmen auf EU-Ebene verankert werden.

### **# Education for Sustainable Development (ESD), Global Citizenship Education (GCE), Global Learning (GL) als Katalysator für gesellschaftlichen Wandel finanziell fördern**

Wir erwarten von Europa eine zuverlässige finanzielle Förderung von ESD, GCE und GL sowie eine Abkehr von der Projektförderung mit einer Entwicklung hin zur Strukturförderung, die auch institutionelle Förderungen stärkt, bzw. ermöglicht. Die EU sollte bestehende Fördermöglichkeiten für internationale Bildungsprojekte im Bereich ESD, GCE, GL sichern und ausweiten, um den Erwartungen an die Bildungsarbeit, gesellschaftlichen Wandel zu fördern, auch finanziell Rechnung zu tragen. Bei der Vergabe der Gelder sollte das Subsidiaritätsprinzip gelten, um eine systematische Benachteiligung kleiner und mittelgroßer zivilgesellschaftlicher NRO gegenüber großen, insbesondere staatlichen Durchführungsorganisationen, zu vermeiden. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen und des zunehmenden Nationalismus und Rechtsextremismus

wünschen wir uns eine gezielte finanzielle Förderung von rassismuskritischer und inklusionsbezogener Bildungsarbeit im Kontext von ESD, GCE, GL.

### **# Statement für weltoffene, tolerante, demokratische Gesellschaft und eindeutige Distanzierung von nationalchauvinistischen und rechtsextremen Positionen**

Europa sollte sich konsequent und öffentlich für Werte einer weltoffenen, toleranten, demokratischen Gesellschaft positionieren. Die Institutionen des EU-Parlaments sollten auf Merkmale von strukturellem Rassismus geprüft werden, um diesem entgegenzuwirken. Eine solche Prüfung kann nur durch externe Expert\*innen durchgeführt werden. Der Prozess und das Ergebnis der Prüfung sollten für die Öffentlichkeit transparent gestaltet werden.

## 4 Regionale Strukturentwicklung

---

*Weltweite Herausforderungen wie Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit können nur gemeistert werden, wenn auf allen Ebenen ein Umdenken stattfindet – von global bis lokal. Daher kommt den Regionen eine besondere Rolle im Zuge dieser Transformation zu. In Europa herrscht ein starkes Strukturgefälle zwischen den Regionen. Die voranschreitende Urbanisierung führt vielerorts zur Ausdünnung der ländlichen Gebiete. Hier fehlt es an Infrastruktur in allen Bereichen, von Arbeitsmöglichkeiten über Mobilität bis hin zu Bildungseinrichtungen. Die Kohäsionspolitik der Europäischen Union versucht diesem Trend entgegenzuwirken und Regionen zu unterstützen. Sie sollte weiter ausgebaut werden und sich an nachhaltigen Kriterien orientieren und verstärkt kleinere Akteur\*innen unterstützen. Eine Förderung strukturschwacher Regionen sollte sich an einer nachhaltigen Nutzung von Ressourcen ausrichten, zudem sollten polyzentrische Raumentwicklungsprozesse in den Fokus gerückt und Stadt und Land als sich gegenseitig bedingende Einheit betrachtet werden. Dies gilt sowohl für die innereuropäische Politik als auch für Abkommen mit Drittstaaten.*

### # Förderung polyzentrischer Stadt- und Raumstrukturen unter nachhaltigen Gesichtspunkten

Entwicklungspolitik der Europäischen Union sollte stärker an Kohäsionsziele im Sinne einer „polyzentrischen“ Stadt- und Raumentwicklung ausgerichtet werden – innerhalb der EU ebenso wie in der internationalen Kooperation. Auch das SDG-Ziel 11 ist dafür eine wichtige Leitlinie: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“, mit dem Unterziel 11a „eine verstärkte nationale und regionale Entwicklungsplanung“ anzuregen, um „positive wirtschaftliche, soziale und ökologische Verbindungen zwischen städtischen, stadtnahen und ländlichen Gebieten [zu] unterstützen“.

Stadt und Land sollten als Einheit fungieren: Dies sollte sich in der Unterstützung und Förderung nachhaltiger Projekte wie dem Ausbau regionaler Wertschöpfungskreisläufe für eine ressourcenschonende und nachhaltige Entwicklung sowie der Unterstützung (regionaler) erneuerbarer Energiequellen widerspiegeln.

Die bedeutende Rolle ländlicher Regionen als Ressourcenlieferant sollte wirtschaftlich und gesellschaftlich stärker gewürdigt werden und sich in einem Ausbau der ländlichen Infrastruktur, wie der Mobilität sowie sauberer und bezahlbarer Energie widerspiegeln.

Ansätze von kleinen, mittelständischen, regionalen Wirtschaftsbetrieben und Wertschöpfungsketten sollten bei der Etablierung von nachhaltigen Produkten und der Umsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise gezielt unterstützt und gefördert werden.

Ökologische und nachhaltige Landwirtschaft sollte stärker unterstützt und die Richtlinien für die Landwirtschaft ökologischer gestaltet und kontrolliert werden. Diese Orientierung sollte für internationale Entwicklungspolitik der EU ebenso gelten, wie bei Maßnahmen innerhalb der EU, wie z.B. der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit.

### # Kommunen

Partnerschaftsarbeit der Kommunen sollte im Sinne von Weltoffenheit und Vernetzung in den Regionen stärker gefördert werden. Beim Austausch zwischen Partnerkommunen sollte der Fokus auf zukunftsorientierten und global gerechten Themen (Fairtrade-Towns, Klimaschutz) liegen. Unterstützung und Information zu kommunalen Partnerschaften – wie es beispielsweise der Rat der Gemeinden und Regionen Europas anbietet – sollten gestärkt werden.

Kommunen sollten nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden und selbst über diese verfügen und entscheiden können. Für Kommunen sowie kleine, zukunftsorientierte Unternehmen sollte der Zugang zu Fördermitteln durch den Abbau von bürokratischen Richtlinien erleichtert werden.

### # Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen in strukturschwachen Regionen

Der Zugang zu Fördermitteln für zivilgesellschaftliche Projekte und Programme sollte durch den Abbau bürokratischer Hürden erleichtert werden. Zudem sollte die Unterstützung langfristig angelegt sein, um einen kontinuierlichen Strukturausbau zu fördern. Die Zivilgesellschaft sollte besser über die Fördermöglichkeiten informiert werden und Unterstützung bei der Antragstellung finden.

Der Fokus sollte auf global gerechten und ökologisch nachhaltigen Projekten liegen. Spezielle Förderungsangebote für entwicklungspolitische und migrantische Projekte sowie Projekte der politischen Bildung im ländlichen Raum sollten ausgebaut werden, inklusive einer europaweiten Vernetzung und einer langfristigen Personal- und Strukturförderung.

Bei der Unterstützung des Austauschs von zivilgesellschaftlichen Initiativen sollte der Fokus auf dem Erfahrungs- und Wissensaustausch zu sozial und ökologisch nachhaltigen Ideen stärker in den Vordergrund gestellt werden.

### **# Abkommen mit Drittstaaten an oben genannten Aspekten polyzentrischer Raumplanung und regionaler Nachhaltigkeit ausrichten**

Abkommen der EU mit anderen Ländern und Regionen sollten die SDGs als Grundlage haben und sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort und nicht an den Gewinnmargen der Unternehmen ausrichten. Auch bei diesen Abkommen sollten die Ansätze – polyzentrisch, sozial und ökologisch nachhaltig – gelten und die Bedürfnisse aller Akteur\*innen in den betroffenen Regionen Beachtung finden.

Kreislaufwirtschaft und regionale Eigenversorgung sollte auch hier angestrebt und unterstützt werden. Kleine, mittelständische, regionale Wirtschaftsbetriebe sollten bei der Etablierung von nachhaltigen Produkten und der Umsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützt werden.

Kommunen und Gemeinden in Partnerländern sollten ebenfalls nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden und selbst über diese verfügen und entscheiden können. Ökologische und nachhaltige Landwirtschaft – vor allem von Kleinbäuer\*innen – sollte gefördert und die Richtlinien für die Landwirtschaft ökologischer gestaltet werden. Zugleich sollte auch der Aufbau regionaler Wertschöpfungs- und Verarbeitungsketten gestärkt werden. Die Instrumente der Europäischen Agrarpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit sind gezielt dafür einzusetzen.



## 5 Internationale Partnerschaften

---

*Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich international partnerschaftlich engagieren, spielen bei der Lösung globaler Herausforderungen eine wichtige Rolle. Sie verfügen über oft langjährige Beziehungen und Kenntnisse der Lebenswelt ihrer Partner\*innen im Globalen Süden, sind erfahren in entwicklungspolitischer In- und Auslandsarbeit, identifizieren Problemstellungen und sind Vorreiter bei der Erarbeitung und Erprobung von Lösungsstrategien.*

*International agierende zivilgesellschaftliche Organisationen und ihre Kooperationen und Partnerschaften treten für Weltoffenheit und die Umsetzung der SDGs, allen voran die Ziele 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ und 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ ein. Für die Umsetzung der Ziele durch zivilgesellschaftliche Akteure sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen.*

### **# Partnerschaften und Strukturen stärken – auch finanziell**

Bestehende internationale Partnerschaften aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen, Verwaltung etc. sind auf allen Ebenen zu stärken – als Foren, in denen Lösungen für globale Probleme diskutiert werden und von beispielhaften Ansätzen aus dem Globalen Süden wie aus dem Globalen Norden gelernt wird (SDG, Ziel 17.16, und 17.17).

Strukturen zur Beteiligung an internationalen Diskussionen, Debatten und Projekten zur Umsetzung der SDGs benötigen eine zuverlässige Finanzierung, um den Wissenstransfer zu ermöglichen – dazu gehört auch die Förderfähigkeit internationaler Reisekosten in nationalen und internationalen Förderprogrammen (inklusive einer Klimaabgabe), sowie die Finanzierung hauptamtlicher Strukturen im Bereich der internationalen Partnerschaftsarbeit (17.6.).

Lern- und Erneuerungsprozesse in Partnerschaften sowie deren Politisierung sollten gefördert und zivilgesellschaftliche Expertise in die Partnerschaftsstrategien einbezogen werden – dazu gehört die Einladung an zivilgesellschaftliche Akteure sich bei Initiativen und politischen Entscheidungen zu beteiligen (17.17 & 16.7.).

### **# Visavergabepaxis erleichtern, um partnerschaftliche Projekte zu ermöglichen**

Zur Umsetzung von internationalen Kooperationen und zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele

gehört die Bewilligung von Visa für Austausch-, Lern-, Projekt- und Begegnungsreisen innerhalb internationaler Partnerschaften in beide Richtungen. Die Visavergebepaxis deutscher Konsulate in vielen Ländern des Globalen Südens behindert immer wieder die Realisierung partnerschaftlicher Projekte und damit die gemeinsame Arbeit zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Unterziele 17.17, 17.16, 16.b. und 10.3.). Das Auswärtige Amt sollte ein Visavergabeverfahren erarbeiten, das Akteuren der Zivilgesellschaft erlaubt, Begegnungen in internationalen Partnerschaften durchzuführen, das frei von Diskriminierung ist. Wir fordern hier explizit die Umsetzung des SDG 16.b: „Nichtdiskriminierende Rechtsvorschriften und Politiken zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung fördern und durchsetzen.“

### # Wo steht Europa in der Welt?

Wir brauchen eine Diskussion zur Verortung Europas in einer globalisierten Welt und über die Beiträge eines Europas der Regionen zur nachhaltigen Entwicklung. Wie steht es zur Agenda 2030 und Fragen globaler sozialer, ökologischer und ökonomischer Gerechtigkeit? Wie verhält sich ein neu dekliniertes Europa zu seinen Nachbarn, zum Beispiel zu seinem Nachbarkontinent Afrika? Welche Politikanforderungen an ein nachhaltiges Europa sind aus afrikanischer Perspektive notwendig? Welche Politikfelder müssten sich dringend ändern, um nachhaltiger zu werden, Klima-, Wirtschafts- bzw. Handels-, Entwicklungspolitik? Welches Europa braucht die Agenda 2063 der Afrikanischen Union? Auf diese Fragen sollte die EU ressortübergreifende Antworten geben.

### # Abhängigkeiten stoppen und Schulden erlassen

Statt weiterer Abhängigkeiten braucht es eine Streichung der Auslandsschulden, die unter Missachtung internationaler Rechtsstandards zustande gekommen sind und die die Erreichung von international vereinbarten Entwicklungszielen verhindern. Wir fordern daher ein faires und transparentes Verfahren von Schuldenerlassen für Länder des Südens sowie die Entwicklung von Standards für verantwortliche Kreditvergabe und Kreditaufnahme zwischen Ländern Europas und des Südens (Ziel 10).

### # Auseinandersetzung mit Verbrechen aus der Kolonialzeit

Europa sollte sich mit Verbrechen auseinandersetzen, die während der Kolonialzeit europäischer Länder in den ehemaligen Kolonialgebieten begangen wurden und ebenso mit deren Auswirkungen auf die heutigen Beziehungen zwischen den ehemaligen Kolonien und den Kolonialmächten. Dazu gehören eine bedingungslose Anerkennung von Völkermorden und ein offener, breiter und partizipativer Dialog mit der Zivilgesellschaft zur Gestaltung der gemeinsamen Zukunft sowie ein Beitrag zum Ausgleich der bis heute massiven Folgen (Ziel 16.7).

## 6 Klimaschutz und zukunftsfähige Entwicklung

---

*Europa hat eine global sehr wichtige Rolle für Klimaschutz sowie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels innerhalb und außerhalb der EU. Die Folgen des konsumorientierten, ressourcenintensiven Lebensstils der 500 Millionen Einwohner\*innen der EU sind in den Ländern des Globalen Südens zunehmend stärker und verheerender zu spüren. Dabei sind ambitionierte, transformative, konkrete und strategische Ansätze nach innen und nach außen notwendig, um zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen. Nach innen gilt es soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu fördern und den Klimaschutz ernsthaft anzugehen. Für das versprochene Ziel im Paris-Abkommen von Netto-Null Emissionen (Treibhausgasneutralität) im Jahr 2050 sollten jetzt die Weichen gestellt und konkrete Maßnahmen rasch umgesetzt werden. Drei Ansätze gilt es dabei gleichzeitig anzugehen:*

### **# Erneuerung der EU-Ziele für 2030 und 2050 und konkrete Maßnahmen zu ambitionierter Emissionsreduktion**

Die Erfahrungen des Hitzesommers 2018 haben gezeigt, dass auch Europa von den Folgen des Klimawandels stark betroffen sein wird. Nur rasche CO<sub>2</sub>-Reduktionsmaßnahmen und Anpassung an die Folgen des Klimawandels im urbanen und ländlichen Raum zeigen Wirkung. Es geht also nicht nur um die wichtige Erneuerung der EU-Ziele für 2030 und 2050, sondern es braucht zeitnahe konkrete Maßnahmen zu ambitionierter Emissionsreduktion in allen Bereichen/Sektoren:

- Reduktionen sind in allen Sektoren notwendig. Um dies zu erreichen ist die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises notwendig, der im Strombereich bei mindestens 30€/t CO<sub>2</sub> liegen sollte, um Lenkungswirkung zu entfalten.
- In den nächsten ein bis zwei Jahren sollten die ersten Kohlekraftwerke vom Netz gehen.
- Die Transformation der energieintensiven (Grundstoff-)Industrien müsste in der neuen Legislaturperiode starten, um bis 2050 auch dort Treibhausgasneutralität zu erreichen.
- Der Umbau der europäischen Landwirtschaft, weg von energieintensiven Produktionsmethoden und basierend auf massivem Import von Futtermitteln und dem Export von Agrarprodukten, hin zu einer angepassten, ökologischen Wirtschaftsweise, ist notwendiger und wichtiger Baustein dieser Klimaschutzinitiative, die gleichzeitig das Grundwasser schützt, ohne Antibiotika im Futter auskommt und weniger Transportkilometer aufweist.

- Transformation wird spürbar in den Kohleregionen Europas. Mit einer Unterstützung der sich im Transformationsprozess befindlichen Regionen steigt die soziale Akzeptanz der teilweise schmerzhaften Veränderungsprozesse. Der tiefgreifende Strukturwandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft sollte struktur- und sozialpolitisch abgedeckt werden. Der Strukturwandel sollte sich nach sozialen und ökologischen Zielen ausrichten und darf keine neuen, nicht-nachhaltigen Pfade beschreiten. Bei der dringend erforderlichen Stilllegung von Kohlekraftwerken dürfen die Menschen in den Kohlerevieren nicht abgehängt werden.

### # Konkreter Plan und Leuchtturmprojekte

Die Transformation von Infrastruktur (Stromnetze, Verkehr, Gebäude, Ausstieg Verbrennungsmotor, Industrieumbau) braucht einen konkreten Plan sowie Leuchtturmprojekte. Spätestens 2050 sollte die EU treibhausgasneutral sein, um einen angemessenen Beitrag zur Erreichung des globalen Langfristziels zu leisten. Dies sollte mit einer entsprechenden Steigerung der europäischen und deutschen festgelegten Beiträge (NDCs) einhergehen. Um das Pariser Klimaabkommen in der EU angemessen umzusetzen, ist es geboten, die EU-Klimaschutzziele von 20 auf 30 Prozent bis 2020 und von mindestens 40 auf mindestens 55 Prozent Emissionsreduktion bis 2030 anzuheben (jeweils gegenüber 1990). Die Emissionsreduktionsziele 2030 sollten hierbei sektorspezifisch heruntergebrochen werden.

Die Reform des Europäischen Emissionshandels hat noch immer keinen investitionsrelevanten CO<sub>2</sub>-Preis in den betreffenden Sektoren geschaffen. Deshalb fordern wir eine zielgerichtete europäische Initiative zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung in allen Sektoren.

Die Infrastruktur für Mobilität braucht eine Generalüberholung, um auch hier rasch gegen den laufenden Trend der steigenden Emissionen im Verkehrsbereich eine Trendumkehr zu einem zukunftsfähigen Mobilitätsmix zu gelangen. Flugverkehr in Europa gilt es zugunsten eines leistungsfähigen Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetzes zurückzubauen. Um urbane Mobilität nachhaltig zu gestalten, sollte die Nutzung des öffentlichen Raums – wie Verkehrsnetze, Straßenbau, Parkflächen, privater Individualverkehr – neu verhandelt werden. Auch die Ausgestaltung des EU-Haushaltes sollte die Transformation widerspiegeln.

Jetzt steht es an, die fossil-freie Zukunft zu planen und Fehlinvestitionen zu verhindern, es gilt die EU unabhängig von fossilen Energieträgern, auch von Erdgas, zu machen. Investitionen in CO<sub>2</sub>-intensive Infrastrukturen wie Erdgaspipelines und -terminals sind abzulehnen, außer sie dienen der Umstellung auf erneuerbares Gas.

## # Internationale Allianzen und Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels

Wichtig sind jetzt der Auf- und Ausbau von Allianzen der EU mit anderen Staaten für Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels (Resilienz) und für nachhaltige Entwicklung in der EU und in den Partnerregionen. Klimaschutz gelingt nur mit ambitionierten internationalen Kooperationen. Die EU ist gefordert, in der kommenden Legislaturperiode Allianzen mit anderen Staaten zu stärken und neue Allianzen einzugehen. Hier gilt es vor allem bilaterale Vereinbarungen wie Klima-Partnerschaften, Trade Agreements oder die deutsch-französische Zusammenarbeit zu stärken und ambitionierte Impulse zu setzen. Klima-Partnerschaften zur Stärkung der Resilienz mit den vom Klimawandel am stärksten Betroffenen gehören genauso dazu, wie Partnerschaften mit Vorreiter-Staaten und Staatengruppen hin zu breiter nachhaltiger Entwicklung.

Um die Folgen des Klimawandels in der EU aber vor allem für die Hauptbetroffenen des Klimawandels in den Ländern des Globalen Südens abzumildern, ist dringend Handeln in Form konkreter und wirksamer Klimaschutzmaßnahmen geboten. Eine starke EU mit einem starken funktionsfähigen Parlament ist dafür zentral. Die Rolle der EU global auszubauen gelingt nur, wenn intern geliefert wird. So kann die EU eine internationale Aufwärtsdynamik erzeugen, unter anderem durch ein eindrucksvolles Auftreten beim Climate Summit in New York im September 2019. Dieser UN-Sonderklimagipfel hat große Bedeutung, auch weil der UNFCCC-Klimagipfel auf Anfang 2020 verschoben worden ist. Für die Umsetzung der gesteigerten Klimaziele der EU ist die deutsche EU-Präsidentschaft im Jahr 2020 mitentscheidend. Angela Merkel, die die COP1, den ersten UN-Klimagipfel in Berlin 1995, als deutsche Umweltministerin geleitet und vor dem Scheitern bewahrt hat, kann hier ihrem klimapolitischen Weg ein eindrucksvolles Kapitel hinzufügen. Doch dies kann nur mit einem starken und funktionsfähigen Europaparlament gelingen.

## Die 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland

---

Dachverband Entwicklungspolitik  
Baden-Württemberg e.V. (DEAB)  
Fon: 0711/66 48 73 60  
[info@deab.de](mailto:info@deab.de)  
[www.deab.de](http://www.deab.de)

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.  
Fon: 089/35 04 07 96  
[info@eineweltnetzwerkbayern.de](mailto:info@eineweltnetzwerkbayern.de)  
[www.eineweltnetzwerkbayern.de](http://www.eineweltnetzwerkbayern.de)

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.  
(BER)  
Fon: 030/42 85 15 87  
[info@eineweltstadt.berlin](mailto:info@eineweltstadt.berlin)  
[www.eineweltstadt.berlin](http://www.eineweltstadt.berlin)

Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungs-  
organisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)  
Fon: 0331/70 489 66  
[info@venrob.org](mailto:info@venrob.org)  
[www.venrob.org](http://www.venrob.org)

Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V.  
(BeN)  
Fon: 0421/69 53 14 23  
[info@ben-bremen.de](mailto:info@ben-bremen.de)  
[www.ben-bremen.de](http://www.ben-bremen.de)

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.  
(in Auflösung)  
Fon: 040/35 893 86  
[info@ewnw.de](mailto:info@ewnw.de)  
[www.ewnw.de](http://www.ewnw.de)

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.  
(EPN Hessen)  
Fon: 069/91 39 51 70  
[info@epn-hessen.de](mailto:info@epn-hessen.de)  
[www.epn-hessen.de](http://www.epn-hessen.de)

Eine-Welt-Landesnetzwerk  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Fon: 0381/20 37 38 46  
[info@eine-welt-mv.de](mailto:info@eine-welt-mv.de)  
[www.eine-welt-mv.de](http://www.eine-welt-mv.de)

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.  
(VEN)  
Fon: 0511/39 16 50  
[info@ven-nds.de](mailto:info@ven-nds.de)  
[www.ven-nds.de](http://www.ven-nds.de)

Eine Welt Netz NRW e.V.  
Fon: 0251/28 46 69-0  
[info@eine-welt-netz-nrw.de](mailto:info@eine-welt-netz-nrw.de)  
[www.Eine-Welt-Netz-NRW.de](http://www.Eine-Welt-Netz-NRW.de)

Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk  
Rheinland-Pfalz e.V. (ELAN)  
Fon: 06131/97 208 67  
[info@elan-rlp.de](mailto:info@elan-rlp.de)  
[www.elan-rlp.de](http://www.elan-rlp.de)

Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.  
(NES)  
Fon: 0681/938 52-35  
[info@nes-web.de](mailto:info@nes-web.de)  
[www.nes-web.de](http://www.nes-web.de)

Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsens e.V.  
(ENS)  
Fon: 0351/49 233 64  
[kontakt@einewelt-sachsen.de](mailto:kontakt@einewelt-sachsen.de)  
[www.einewelt-sachsen.de](http://www.einewelt-sachsen.de)

Eine Welt Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.  
(EWNSA)  
Fon: 0340/23 011 22  
[ewnsa@web.de](mailto:ewnsa@web.de)  
[www.ewnsa.de](http://www.ewnsa.de)

Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.  
(BEI)  
Fon: 0431/67 93 99-00  
[info@bei-sh.org](mailto:info@bei-sh.org)  
[www.bei-sh.org](http://www.bei-sh.org)

Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.  
(EWNT)  
Fon: 03641/22 499 50  
[buero@ewnt.de](mailto:buero@ewnt.de)  
[www.ewnt.de](http://www.ewnt.de)

## Über die agl

---

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Zusammenschluss der 16 Eine Welt- Landesnetzwerke. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht.

Auf Landesebene haben sich Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zu Eine Welt-Landesnetzwerken zusammengeschlossen. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit der Eine Welt- Landesnetzwerke leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Durch ihre Arbeit tragen sie dazu bei, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern.

Gemeinsame Ziele der Arbeit von agl und Eine Welt-Landesnetzwerke sind die Professionalisierung und der Ausbau der Arbeit lokaler Eine Welt-Gruppen. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Initiativen, Gruppen und Vereine.